

GESINE LÖTZSCH

Zukunft konkreter Politik

Ich bin keine Historikerin und möchte auch nicht den 15. Jahrestag der PDS mißbrauchen und den Historikern ins Handwerk pfuschen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um über Probleme nachzudenken, die mich seit der Gründung der PDS bewegen und für die ich noch keine befriedigende Lösung gefunden habe.

Nach der sogenannten Wende gaben uns viele Politiker anderer Parteien den Rat, erst einmal die eigene Geschichte aufzuarbeiten. Wir haben uns jedoch sofort in die konkrete Politik eingemischt. Wir haben uns sogar in die Politik *gestürzt* und uns dabei nicht immer ausreichend Zeit genommen, über unsere Geschichte gründlich nachzudenken und daraus Schlußfolgerungen für unsere aktuelle Politik zu ziehen. Wenn ich auf die 15 Jahre zurückblicke, frage ich mich, was wir als PDS konkret erreicht haben. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Die Antwort setzt voraus, daß wir uns fragen, was unsere konkreten Ziele waren. Doch wer hat schon alle Leitstränge und Beschlüsse der PDS im Kopf?

Konkrete Ziele der PDS Anfang der 90er Jahre

Die PDS war direkt nach der Wende für viele Menschen ein unverzichtbarer Berater, Anwalt und Gesprächspartner. Gemeinsam wurde für den Erhalt von Arbeitsplätzen gestritten, die Betriebskostenabrechnung oder der Rentenbescheid überprüft. Als viele Menschen bereit waren, alles über Bord zu werfen, hat die PDS auch gegenüber anderen Parteien, Medien, Organisationen und Gruppen für eine differenziertere Sicht geworben. Ich erinnere mich z. B. an die heftigen Angriffe von Vertretern der Alternativen Liste gegen die Spezialschulen in Ostberlin. Die Körperbehindertenschule in Lichtenberg wurde in Frage gestellt. Das kannte man nicht in Westberlin. Wir konnten den Erhalt der Schule durchsetzen. Das war zwar nur ein kleiner Erfolg der PDS. Doch kann wahrscheinlich fast jeder Genosse von erfolgreichen Abwehrkämpfen berichten.

Schaut man jedoch zurück, so ist es uns nicht gelungen, die unsinnige Abwicklungswut in den ersten Jahren nach dem Anschluß der DDR an die BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes zu stoppen. Vielleicht lag das auch nicht in unserer Macht. Erst jetzt erkennen einige wenige Abwickler der 90er Jahre, was sie angerichtet haben. Doch nur wenige sind bereit, über diese schweren Fehler nachzudenken, die bis heute nachwirken. Viel lieber klagen die damals Verantwortlichen über die angeblich jammernden Osis und ihre angeblich unzureichende Flexibilität und Mobilität.

Gesine Löttsch – Jg. 1961, Dr. phil., Studium und Promotion am Bereich Germanistik der Humboldt-Universität zu Berlin, Wahl in die Ostberliner Stadtverordnetenversammlung im Mai 1990, 1991 bis 2002 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, seit 2002 Mitglied des Bundestages; Homepage: www.gesine-loetzsch.de
Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Alpträume? Rede zum Politischen Aschermittwoch 1993 im Haus am Köllnischen Park, Heft 27/28 (Januar/Februar 1993), S. 99-103.

Nach und nach ist mancher bereit, Polikliniken neu zu gründen oder im Zusammenhang mit PISA positiv über Elemente des DDR-Schulsystems nachzudenken. Doch die Zerschlagung des Industrie- und Forschungspotentials der DDR ist auf absehbare Zeit nicht wieder gutzumachen.

Konkrete Ziele der PDS Ende der 90er Jahre

Viele Ostdeutsche haben – trotz hoher Arbeitslosigkeit und vieler anderer Probleme Ende der 90er Jahre – ihre Orientierung im ziemlich verworrenen und bürokratisierten bundesdeutschen Koordinatensystem gefunden. Sie haben dies sogar erstaunlich schnell getan. Über 80 Prozent der Ostdeutschen haben ihre Arbeitsstelle wechseln müssen. Eine beeindruckende Zahl, die zeigt, daß viele Ostdeutsche eine unglaubliche Flexibilität an den Tag legen. Eine solche wünschte man sich von den Politikern, die sie immer wieder von uns einfordern.

Die PDS hat sich insbesondere in der Kommunalpolitik gut auf die neue Situation eingestellt und konkrete Ziele formuliert, um die gewaltigen Strukturveränderungen in den Städten und Gemeinden im Sinne der Betroffenen zu bewältigen.

Konkrete Politik – konkrete Losungen

Es wäre eine lohnende Aufgabe, über die Geschichte von Losungen eine Studie zu verfassen. »Sozial mit ganzer Kraft« ist z. B. eine wirksame Losung. Ebenso hat die Losung »Veränderung beginnt mit Opposition« viele Menschen bewogen, PDS zu wählen. Aber vielleicht sollten wir auch über »parteiinterne« Losungen nachdenken, z. B. »Veränderung beginnt mit Analyse«.

Losungen sind die komprimierte Form politischer Programme. In der Regel sind es die Losungen – und nicht Leitanträge oder Programme –, die »die Massen« erreichen. Deshalb ist es erstaunlich, mit welcher Vehemenz in der Vergangenheit über Leitanträge und Parteiprogramme gestritten wurde und wie wenig Beachtung Parteitags-Lösungen fanden. Mit einer Losung wird in der Regel ein politisches Ziel beschrieben. Wir sind unterschiedlich gut bei der Formulierung unserer Ziele. Ich möchte die These aufstellen: Je klarer wir unsere Ziele formulieren und je beharrlicher wir sie verfolgen, desto größer ist der allgemeine Zuspruch. Das ist der PDS in den letzten 15 Jahren in der Kommunalpolitik gelungen. Wir nehmen die Sorgen und Wünsche der Menschen auf und gehen dann mit ganzer Kraft daran, Jugendklubs, Seniorenheime und Fußgängerüberwege zu bauen, Genossenschaften oder Kulturvereine zu gründen und vieles andere mehr. Im Osten haben viele Menschen die Erfahrung gemacht, daß die PDS ihre Sorgen und Probleme ernst nimmt, praktische Lösungen sucht und diese meist auch findet. In den nächsten Jahren haben die PDS-Kommunalpolitiker die Chance, neue konkrete Ziele zu formulieren, die über das hinausgehen, was im bundesdeutschen Maßstab herkömmlicherweise als Kommunalpolitik verstanden wird.

In Lichtenberg wollen wir in diesem Jahr einen Haushalt aufstellen, an dessen Erarbeitung die Bürger nach dem Vorbild von Porto Alegre direkt beteiligt werden. Ich freue mich auf den Tag, an dem

»Die Mehrzahl der PDS-Mitglieder ist vorrangig in den Kommunen mit den Ergebnissen der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Entwicklung der Bundesrepublik konfrontiert. Hier sind sie in unmittelbarer Berührung mit dem Alltag der Gesellschaft und anderen Menschen. Hier kann die PDS als sozialistische Partei erlebbar sein, den Nachweis führen, daß sie gebraucht wird. (...) Nur wo die Partei erfahrbar ist, Menschen motiviert, für ihre Interessen und die Interessen Diskriminierter einzutreten, erweist sie sich als notwendig.« – André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, hrsg. von Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Dietz Verlag Berlin 1997, S. 324.

»Die nach 1990 wesentlich gewachsene Akzeptanz der PDS in der ostdeutschen Bevölkerung hatte zweifelsohne mit dem Wirken der Tausenden Kommunalpolitikerinnen und -politiker der PDS in Gemeinden, Stadt- und Kreistagsfraktionen zu tun. Die PDS wies, nicht zuletzt auch durch ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Politikfähigkeit, Realismus und Kompetenz nach. Gleichzeitig zeigten sich jedoch die beträchtlichen Herausforderungen und Probleme für linke Kommunalpolitik im Spannungsfeld zwischen kommunaler Alltagspolitik und der Lösung von Verwaltungsaufgaben einerseits und sozialistischen Grundsätzen, Wertorientierungen und Zielen

andererseits. Der Anspruch der PDS, daß Bürgerinteressen vor Parteiinteressen gehen müssen, kann keine Maxime für prinzipienlose Orientierung an Mehrheitsmeinungen und -stimmungen sein. Die gelegentlich zu hörende These »Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger zu machen«, führt mitunter dazu, daß vernachlässigt und versäumt wird, andere zum Handeln zu ermutigen, Lobby für Menschen ohne Lobby und für die globalen und zukünftigen Erfordernisse zu sein sowie über die Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft hinaus zu denken. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die die geringsten politischen Spielräume haben, sind wohl am stärksten mit diesem Problem konfrontiert.« Ebenda.

bayerische Kommunalpolitiker nach Lichtenberg kommen, um von unseren Erfahrungen zu lernen. Das ist keineswegs überheblich. Ich glaube wirklich, daß in der Ex-DDR vieles noch nicht so in Beton gegossen ist wie in der Alt-BRD. Wenn es uns als PDS gelänge, durch innovative Kommunalpolitik im Osten auch in den alten Ländern Akzente zu setzen, dann würde sich dies auch auf den Aufbau der PDS im Westen auswirken.

Auf der Landes- und Bundesebene ist es häufig schwieriger, konkrete Ziele zu formulieren. Es muß alles sozialer, gerechter, ökologischer, feministischer oder sonstwie sein. Wir müssen immer 30 Euro mehr fordern als die SPD und/oder die Grünen. Ist das der Schlüssel zum Erfolg? Ich habe beobachtet: In dem Maße, wie die eigenen politischen Ziele unklarer wurden, rückte die Umsetzung dieser unklaren Ziele in den Mittelpunkt.

Ich meine beispielsweise die unfruchtbare Diskussion in der PDS, ob man opponieren, tolerieren oder regieren sollte. Ich halte diese Frage für eine abgeleitete. Das ist ein wichtiges methodisches Problem. Eine demokratische Partei muß in der Lage sein, alle Formen der Demokratie zu beherrschen. Sie muß ebenso opponieren wie regieren können. Gerade, wer einmal regiert hat, weiß, was eine gute Opposition eigentlich erreichen kann, wo die Stärken und Schwächen des Regierungsapparates liegen. Solches Wissen ist auf keinen Fall zu unterschätzen. Die Entscheidung über Beteiligung an Regierungen ist auch kein Problem, wenn wir wissen, was wir wollen und was wir nicht wollen. Wenn die PDS sehr konkrete Ziele hat, kann sie am besten prüfen, wie diese Ziele zu erreichen sind. Das geht manchmal in der Opposition besser, manchmal in der Regierung. Wichtig ist nur, daß man nicht umgekehrt vorgeht und die Ziele davon abhängig macht, ob man sich im Augenblick in der Regierung oder in der Opposition befindet. Die Diskussion über die Art und Weise der Beteiligung an der Demokratie hat zur Vernachlässigung der Bestimmung konkreter für die Menschen nachvollziehbarer Ziele geführt. Es wurde vermehrt nach dem Gebrauchswert der PDS gefragt. Die SPD konnte sich manches Ost-Themas bemächtigen, weil wir es vernachlässigt hatten und unklar in der Definition unserer konkreten Ziele wurden.

Doch in der Krise der PDS wurde weniger über die konkreten Ziele der Partei als vielmehr über die methodische Frage, ob man regieren oder opponieren solle, gestritten. Das führte zu der absurden Situation, daß manche meinen, daß wir nur in der Opposition wirklich etwas verändern können. Wenn man allerdings fragt, was sie in der Opposition verändert haben, wird häufig auf gute Kooperation mit Bündnispartnern und funktionsfähige Netzwerke verwiesen, was aus meiner Sicht aber erst der Anfang von Veränderung und noch nicht die Veränderung selbst ist. Allerdings ist es so, daß die bloße Existenz der PDS, ob in Opposition oder Regierung, Regierungshandeln verändert bzw. eingeschränkt hat (z. B. in der Frage des Rentenunrechts). Andere wiederum schwören auf Regierungsbeteiligungen, weil man in der Opposition eigentlich gar nichts erreichen könne. Allerdings sind die gleichen Genossen unentwegt damit beschäftigt, zu erklären, was alles in der Regierung nicht geht, anstatt zu sagen, was geht. Beide Ansichten sind in ihrer Verabsolutierung

problematisch. Ich bin der festen Überzeugung, daß die PDS in den letzten 15 Jahren weder die Möglichkeiten der Opposition noch die Möglichkeit des Regierens ausreichend genutzt hat. Ich würde mir wünschen, daß wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir diese Möglichkeiten besser nutzen können, anstatt uns gegenseitig vorzuwerfen, daß die jeweilige Form der demokratischen Beteiligung völlig ungeeignet sei, um unsere politischen Ziele zu verwirklichen.

Ich habe in einer Regierungsfraktion und in einer Oppositionsfraktion gearbeitet und möchte unsere noch nicht genutzten Möglichkeiten exemplarisch an Beispielen darstellen.

Als Stadtverordnete der PDS in Ostberlin arbeitete ich Anfang der 90er Jahre am Entwurf der Berliner Verfassung mit. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es um die Frage, ob das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft in der Verfassung stehen sollte oder nicht. Wie selbstverständlich hatte der Ausschußvorsitzende, der von der SPD gestellt wurde, Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche als Sachverständige zu dieser Frage eingeladen. Die Vertreterinnen der Bündnisfraktion, Bärbel Bohley und Ingrid Köppe, waren entsetzt, daß das Wort der Kirchenvertreter (alles Männer) schwerer wiegen sollte als das Wort der Vertreterin eines Frauenverbandes. Kurze Zeit sah es so aus, als hätten die Kirchenvertreter sich durchgesetzt. In der PDS-Fraktion gab es nun Stimmen, die dafür plädierten, die möglichst einvernehmliche Verabschiedung der Verfassung zum primären Ziel zu erklären und dafür »Abstriche« in dieser Frage hinzunehmen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen in unserer Fraktion. Ich hatte keinerlei Verständnis für die Männer, die für das höhere Ziel der Verfassung bereit waren, »Untergeordnetes« wie die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper zu opfern. Die Auseinandersetzung war beileibe nicht theoretischer Art, denn der Einigungsvertrag sah ja bekanntlich die Schaffung einer neuen gesamtdeutschen Lösung nach einer Übergangsfrist vor. Daß schließlich die anderen Fraktionen zu der Formulierung »Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft« zurückkehrten, ersparte uns weitere interne Auseinandersetzungen.

Aus diesen Diskussionen habe ich gelernt, daß es unerläßlich ist, die eigenen Ziele genau und ausführlich zu diskutieren und sie dann aber auch beharrlich zu verfolgen. Hier bin ich an einen Punkt gelangt, der uns in der Opposition wie in der Regierung gleichermaßen betrifft: Wie gehen wir mit unseren einmal bestimmten konkreten Zielen um? Wie ernst nehmen wir unsere eigenen Ziele? Ich habe immer wieder beobachtet, daß ohne Bestimmung der eigenen Ziele Verhandlungen mit anderen Parteien begonnen wurden. Manchmal wurde der Kompromiß sogar zum Ausgangspunkt der Verhandlungen gemacht. Um nicht mißverstanden zu werden: Meine Episode stammt aus Zeiten, als an eine Regierungsbeteiligung gar nicht zu denken war.

Die Wiederherstellung von Nikolai Bersarins Ehrenbürgerschaft in Berlin ist ein gutes Beispiel aus den Zeiten des Übergangs von einer Oppositionsfraktion zu einer Regierungsfraktion. Der Regierende Bürgermeister Diepgen hatte Bersarin von der Ehrenbürgerliste Berlins auf der Grundlage völlig unhaltbarer Beschuldigungen streichen lassen. Daraufhin gab es – wie auch bei vielen Straßen-

»Kommunen sind schließlich auch konkrete Orte von PDS-Politik in anderen relevanten Fragen. Antirassismus-, Antifaschismus- sowie Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, soziales Engagement, ökologische Initiativen der PDS usw. werden politisch wirksam, wenn sie mit der Kommunalpolitik verbunden werden.«
Ebenda.

»Kommunalpolitik ist kein Sturm auf die Bastille, das englische Teeschiff im Hafen von Boston oder den Winterpalast. Gleiches ließe sich von gewerkschaftlichem, feministischem und ökologischem Engagement oder der Arbeit in Internationalismus- und Friedensgruppen sagen. Doch Realpolitik und Alltagspolitik, politische Kompromisse, Teilschritte und selbst das Ringen darum, Rückschritte kleiner als von den Herrschenden betrieben ausfallen zu lassen, sind nicht von vornherein eine Absage an gesellschaftliche Wandlungen und Brüche oder visionären Anspruch. Sie sind eine unerläßliche Bedingung dafür, Politik aus ihrer aktuellen Blockierung zu befreien, Wandel aus den bestehenden Realitäten und nicht aus den Wunschträumen über den Zustand von Massenbewußtsein, Politik, Gesellschaft zu entwickeln, den notwendigen gesellschaftlichen Aufbruch mit Menschen gemeinsam zu beginnen, die sich von ihren gegenwärtigen Interessen und Erfahrungen leiten lassen und nicht von abstrakten Gesellschaftszielen.«

Ebenda, S. 349.

umbenennungen – heftige Bürgerproteste. Die PDS hat diese Proteste immer wieder aufgegriffen und unterstützt.

Die Beschuldigungen konnten schnell ausgeräumt werden, und SPD, Grüne und PDS beschlossen gegen die Stimmen der CDU, daß Bersarin wieder Ehrenbürger werden solle. Während der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und PDS bestand ich darauf, daß die Wiederherstellung von Bersarins Ehrenbürgerschaft zu thematisieren und letztendlich auch festzuschreiben sei, und sei es auch nur als Protokollnotiz. Nach der Regierungsbildung brachte ich Bersarins Ehrenbürgerschaft erneut in die Debatte. Aus den eigenen Reihen war zu hören, daß wir das der SPD und den Westberlinern einfach nicht zumuten könnten. Die Frontstadterfahrungen saßen noch zu tief. Man müsse bei den Westberlinern erst um Verständnis und Vertrauen werben. Ich habe das eingesehen und eine Broschüre über Bersarin erarbeitet, in der sein hilfreiches Wirken nach dem Krieg in Berlin und die ganze Geschichte der Streichung seines Namens von der Berliner Ehrenbürgerliste dargestellt wurde. Die Broschüre ging an alle Bezirksbürgermeister und Bibliotheken der Stadt. Es kam kein Protest. Bersarin wurde wieder Ehrenbürger, und es gab keine einzige Demonstration gegen diese Ehrenbürgerschaft. Die Zumutung für die SPD und die Westberliner hielt sich wohl doch in Grenzen. Ich habe übrigens engagierte Westberliner kennengelernt, die sich über viele Jahre für Bersarin eingesetzt haben.

An diesem Beispiel wird ein Problem deutlich, mit dem wir tagtäglich zu kämpfen haben. Wir denken häufig mehr über die möglichen Zumutungen für andere nach als über unsere eigenen Forderungen und konkreten Ziele. Manchmal habe ich den Eindruck, daß der Regierende Bürgermeister schwer herzkrank sein müsse, wenn mir meine Genossen flüsternd mitteilen, warum man ihm eine bestimmte Forderung nicht zumuten könne. Ich weiß, Klaus Wowereit erfreut sich bester Gesundheit und ist nicht unzufrieden mit dem Koalitionspartner PDS.

Es geht bei diesem Beispiel aber nicht nur um den Koalitionspartner. Es geht auch um die wirklichen oder auch nur eingebildeten Sachzwänge. Bersarin wieder auf die Ehrenbürgerliste zu bekommen, war für mich nicht nur Herzenssache, sondern auch ein methodisches Experiment, mich mit den vermeintlichen Sachzwängen auseinanderzusetzen.

In Anbetracht der dramatischen Berliner Haushaltslage ist die Durchsetzung jeder Idee, die Geld kostet – und sei sie noch so gut – äußerst schwierig. Ich wollte deshalb Vorschläge machen, die kein Geld kosten. Ich war schon erstaunt, wie viele »Sachzwänge« – außer der Haushaltsnotlage – noch alles existieren, die sich bei intensivem Bohren und Nachfragen in Luft auflösen. Wäre es nicht eine sinnvolle Aufgabe, über konkrete Ziele nachzudenken, die wenig oder gar kein Geld kosten und die Umsetzung konkreter Ziele der PDS befördern?

Ich habe mich aus sehr unterschiedlichen Gründen für eine Beteiligung der PDS an der Regierung in Berlin ausgesprochen. Ein Grund war der Bankenskandal. Viele Menschen hatten es einfach satt, von Landowsky und der CDU regiert zu werden. Sie wollten, daß die Verursacher des Bankenskandals endlich von der politischen

Bühne verschwinden, und einige – leider nicht alle – sind ja dann auch verschwunden. Ich meine, daß die PDS sich an Regierungen beteiligen sollte, selbst wenn der finanzielle Handlungsspielraum gering ist. Ich bin der Auffassung, daß PDS-Politiker besondere Fähigkeiten haben sollten, mit Mangel sozial gerecht umzugehen – im Gegensatz zu Scheckbuchpolitikern wie Klaus Landowsky und Co. Ich bin der festen Überzeugung, daß viele Menschen sogar bereit sind, sich einzuschränken, wenn gleichzeitig die Umverteilung von unten nach oben gestoppt und Unrecht korrigiert wird. Aber auch wenn letzteres – aus unterschiedlichen Gründen – nicht erreicht wird, muß immer wieder erklärt werden, warum es nicht erreicht wurde und wer dafür die Verantwortung trägt.

Ich habe auf dem letzten Parteitag der PDS die 500 Änderungsanträge zum Parteiprogramm gewürdigt und vorgeschlagen, 500 Ideen zur Umsetzung des Programms zu entwickeln. Das Programm kann ja seine Wirkung nur entfalten, wenn wir die großen Ziele in viele konkrete Teilziele aufteilen und daraus unser praktisches Handeln ableiten.

Ich glaube, ein Erfolg der Grünen besteht genau in der Fähigkeit, ihre globalen Ziele zu definieren, aber gleichzeitig Ziele zu benennen, die jeder einzelne für sich umsetzen kann. Wir haben doch die kuriose Situation, daß ein grüner Anwalt oder eine grüne Gymnasiallehrerin bei der täglichen Mülltrennung das Gefühl hat, ein bißchen die Welt gerettet zu haben. Ob das stimmt, ist natürlich eine andere Frage. Aber zumindest kann der grüne Wähler sein tägliches Handeln irgendwie gefühlsmäßig mit den Zielen der Grünen in Übereinstimmung bringen, und das ist ein Erfolgsrezept, wie wir bei den letzten Wahlen beobachten konnten.

Ich kann nur schwer Bürger für die PDS gewinnen, wenn ich nach den konkreten Zielen der PDS gefragt werde. Soll ich sagen, daß wir eine solidarische Bürgerversicherung wollen oder eine friedlichere Welt? Dann kommt doch sofort die Frage des Bürgers: »Und was soll ich dabei machen?« Globale Ziele und Visionen sind wichtig, um Wähler zu gewinnen. Aber sie reichen nicht aus, um Menschen dauerhaft zu binden. Und es geht ja eigentlich auch gar nicht um die Bindung. Es geht vielmehr darum, Menschen für die Erreichung unserer und ihrer eigenen Ziele zu gewinnen. Doch dazu müssen die Ziele konkret sein, damit jeder etwas mittun kann, um diese Ziele zu erreichen.

Konkretes Ziel: Antifaschismus

Wir alle sind entsetzt über die Wahlerfolge der Rechtsradikalen. Und wir sind gleichzeitig verunsichert bis ratlos. Natürlich ist es richtig, »Gesicht zu zeigen«, Naziaufmärsche zu verhindern. Doch das reicht offensichtlich nicht aus. Es ist nachgewiesen, daß bis zu 15 Prozent der Deutschen ein rechtsradikales Weltbild haben. Und das werden wir als PDS nicht wirklich ändern können. Die Union gibt vor, Menschen mit national-konservativem Denken einzubinden, hat in dieser Hinsicht jedoch offensichtlich versagt. Die PDS – im Osten unbestreitbar eine Volkspartei – muß verhindern, daß rechtsextrêmes Gedankengut weiter um sich greift. Das setzt Wissen voraus. Ich habe meine Schülerpraktikanten gefragt, ob sie wissen, was während des

»Politik, so wie von Max Weber verstanden, verlangt Geduld und Ungeduld zugleich, und jedes zu seiner Zeit und auf seinem Gebiet, die Fähigkeit zu konsequentem Realismus und zur Zusammenarbeit mit Andersdenkenden, Andereswollenden und Anderspolitikmachenden ebenso wie Prinzipienfestigkeit und Klarheit über die eigenen Leitbilder. Linke Politik wird zudem nicht das Ziel und schon gar nicht die Hoffnung aufgeben dürfen, das »Unmögliche« möglich zu machen: eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, die Freiheit von Gleichen, die Bewahrung der Natur, menschheitliche Solidarität und die Beendigung des fünftausendjährigen Krieges verwirklicht werden.«
Ebenda, S. 350.

2. Weltkrieges in Oradour geschehen ist. Keiner wußte es. Das historische Wissen ist erschreckend lückenhaft. Das ZDF berichtet zwar ausführlich über Hitlers Frauen, Generäle, Sekretärinnen und Hunde, aber offensichtlich schaffen diese Sendungen mehr Verwirrung als Klarheit. Hier muß die PDS auf Defizite hinweisen, Aufklärung einfordern und selbst immer wieder aufklären.

Die deutschen Resistance-Kämpfer organisierten im Sommer eine Fahrt nach Oradour, auf die sie auch Jugendliche mitnahmen. Da nicht alle Jugendlichen in der Lage waren, die Reise selbst zu bezahlen, habe ich drei Plätze finanziert. Alle kamen sehr beeindruckt aus Oradour zurück. Es wurde Emotionalität und Wissen vermittelt, wie es wohl kein Lehrbuch und auch kein noch so guter Lehrer im Unterricht vermitteln könnte. Wäre es nicht ein konkretes Ziel, wenn die PDS zusammen mit Gewerkschaften, Lehrern und anderen Helfern möglichst viele antifaschistische Schülerreisen oder Camps organisieren bzw. unterstützen könnte? So werden aus Rechtsradikalen keine Antifaschisten, aber es wäre ein kleiner Beitrag, um die allgemeinen Abwehrkräfte der Gesellschaft konkret zu stärken.

Konkretes Ziel: Politik für Schüler erlebbar machen

Ich kann es nicht mehr hören, wenn unentwegt auf die Lehrer geschimpft wird, auch wenn manche Kritik berechtigt sein mag. Politikverdrossenheit unter Jugendlichen ist in erster Linie Kritik an den Politikern selbst, und diese müssen ganz konkret etwas dagegen tun. Ich habe einem lokalen Anzeigenblatt in meinem Wahlkreis ein Interview gegeben und angekündigt, daß ich ab sofort Schülerpraktikanten in meinem Bundestagsbüro betreuen werde. Ich habe seitdem regelmäßig zwei, manchmal auch mehr Praktikanten in der Woche. Die Bewertung der Praktika durch die Schüler kann man auf meiner Internetseite nachlesen. Meine Erfahrung ist, daß die Politikverdrossenheit mit 15 Jahren noch nicht wirklich tief sitzt. Nach zwei Wochen hatten die meisten Schüler ein differenzierteres Bild von Politik, und sie werden wohl auch in Zukunft nicht auf billige Sprüche und pauschale Vorwürfe der Bildzeitung hereinfliegen. Nun werden nicht alle Schüler in Zukunft PDS wählen, aber sie hatten zumindest einen konkreten Kontakt mit der PDS. Wäre es nicht ein sinnvolles Ziel, daß jeder der etwa 6 000 Mandatsträger der PDS nur 10 Schülern im Jahr ein solches Praktikum anbietet?

Konkretes Ziel: Abschaffung der Praxisgebühr

Ich halte die Praxisgebühr für gesundheitspolitisch falsch und sozial ungerecht. Ich habe dagegen eine Postkartenaktion initiiert, die viel Resonanz gefunden hat. Der Protest hatte Erfolg und damit auch viele Mütter und Väter. Die Praxisgebühr ist zwar nicht abgeschafft, aber es gibt inzwischen viele Ausnahmeregelungen. Es ist nur eine Frage der Zeit und des weiteren Protestes, daß die Praxisgebühr endgültig beseitigt wird. Leider hat man immer wieder den Eindruck, daß wir dieses Ziel als Partei schon wieder aufgegeben haben und zum nächsten Protestthema übergehen. Es ist immer wieder zu beobachten, daß wir mit Unterschriftenlisten und Postkarten gegen etwas protestieren, aber nicht den Atem haben, unser Ziel konsequent zu verfolgen. Häufig beginnt und endet unser Protest mit einer schar-

fen Presseerklärung. Das ist für viele Menschen, die auf einen Erfolg unseres gemeinsamen Protestes gehofft haben, eine herbe Enttäuschung. Auf diese Weise tragen wir nur zur Kanalisierung des Protestes bei, ohne daß sich wirklich etwas ändert. »Veränderung beginnt mit Opposition«, aber es ist eben wirklich nur der Anfang, und damit dürfen wir uns nicht abfinden, wir müssen auch verändern, egal, ob wir gerade regieren oder opponieren. Die Menschen spüren, wenn wir nur Protest anstoßen, letztendlich aber sich nicht wirklich etwas ändert.

Ich habe in meinem Beitrag meine konkreten Erfahrungen dargestellt, und ich weiß, daß viele Genossen ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Ich würde mich über einen regen Meinungsaustausch über unsere konkreten Ziele freuen.